Budgetbericht 2023

Verwaltungshaushalt

für das Amt:

60	Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt
(Amts-Nr.)	(Amtsbezeichnung)

60	Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt
(Budget-Nr.)	(Bezeichnung)

1. Allgemeine Angaben zum Amtsbudget

1.1 Budgetvolumen des Amtsbudgets

	Ansätze 2023	Nachrichtl. Ansätze 2022
	-in Euro -	-in Euro-
Einnahmen.....	1.491.400	2.177.300
Ausgaben.....	881.900	1.764.700
Zuschussbedarf (-) / Überschuss	609.500	412.600

1.2 Personalplanungskosten

	2023	Nachrichtl. 2022
	-in Euro -	-in Euro-
Ausgaben.....	1.897.869	1.901.404

1.3 Budgetvolumen für die einzelnen Abteilungs- bzw. Unterbudgets:

Entfällt.

2. Bedeutung und Auswirkungen der strategischen Ziele des Stadtrates für den Aufgabenvollzug und die Haushaltswirtschaft des Amtes

(kurze und prägnante Darstellung!)

Die Ausgaben in Amt 60 sind nicht bedingt durch die Umsetzung von strategischen Zielen, sondern für die „normale“, laufende Aufgabenwahrnehmung erforderlich.

3. Aussagen über den Stand des Budgetvollzuges 2022

(inkl. bereits eingetretene oder bis zum Jahresende zu erwartende bedeutsame Abweichungen bei Einnahmen und Ausgaben)

6151.1710 Zuweisung für lfd. Zwecke vom Land

Ansatz: 1.200.600 Euro, AO Soll 23.400 Euro.

Ergibt Mindereinnahmen in Höhe von bisher 1.177.200 Euro.

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem EU-Förderprogramm „REACT“. Bei Meldung des Ansatzes in 10/2021 gingen wir davon aus, dass die Förderung i. H. v 90% in 2022 bei uns eingeht.

Mittlerweile sind die zu fördernden Maßnahmen zeitlich detailliert bestimmt. Eine Umsetzung dieser beginnt Ende 2022 und endet i. d. R. in 2023. Erst nach Abschluss der Maßnahmen kann die Förderung angefordert werden. Hier ist wegen der nicht abschätzbaren Bearbeitungsdauer ungewiss, ob die Förderung in 2023 oder später ausbezahlt wird.

Weitere Einnahmen sind nicht zu realisieren, so dass Mindereinnahmen mit 1.177.200 EUR resultieren werden.

6151.6588 Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Ansatz: 1.081.000 Euro, AO Soll 2.300 Euro.
Ergibt Minderausgaben in Höhe von bisher 1.078.700 Euro.

Veranschlagt sind Ausgaben im EU-Förderprogramm „REACT“. Bei Meldung des Ansatzes in 10/2021 gingen wir davon aus, dass die Maßnahmen komplett in 2022 umgesetzt und bezahlt werden.

Mittlerweile steht fest, dass eine Umsetzung erst in 2023 beginnt, so dass der Ansatz nicht in voller Höhe zur Auszahlung gelangen wird. Nach aktuellem Stand ergeben sich geschätzt Minderausgaben mit 1.078.700 EUR.

6152.1710 Zuschüsse vom Land aus Städtebauförderungsprogramm

Ansatz: 115.000 Euro, AO Soll 6.000 Euro.
Ergibt Mindereinnahmen in Höhe von bisher 109.000 Euro.

Nach derzeitigem Stand sind keine tatsächlichen Abweichungen (über 50.000 EUR je HHStelle) eingetreten, die bis Jahresende nicht ausgeglichen werden.

6152.6556 Honorar (Quartiersmanagement)

Ansatz: 185.000 Euro, AO Soll 116.593 Euro.
Ergibt Minderausgaben in Höhe von bisher 68.407,00 Euro.

Nach derzeitigem Stand werden Minderausgaben mit 60.000 EUR eintreten.

6001.1090 Sonstige Verwaltungsgebühren für Statikkosten u. ä.

Ansatz: 400.000 EUR, AO Soll 481.200,99 EUR.
Es liegen somit Mehreinnahmen in Höhe von 81.200,99 Euro vor.

Eine behördliche Prüfung der Standsicherheit ist nur bei sog. „Sonderbauten“ vorgesehen, die aufgrund ihrer Größe oder Schwierigkeit einer behördlichen Prüfung bedürfen. Dieser Prüfauftrag wird extern vergeben. Die von der Stadt beauftragten Unternehmen werden quasi als „beliehene Dritte“ im Rahmen der PrüfVBau tätig.

Die beiden zusammenhängenden Haushaltsstellen (6001.1090 und 6001.6552) bilden jeweils die Ausgaben an die Sachverständigen und die Übernahme dieser Kosten durch den Bauherrn ab. Die Vorschüsse werden angefordert, sobald der Bauantrag hier eingeht und der Prüfauftrag vergeben wird. Die Zahlungen erfolgen entsprechend nach Rechnungstellung und Fälligkeit. Zwischen der Erteilung der Baugenehmigung und der tatsächlichen Prüfung der Standsicherheit können daher Jahre vergehen. Eine erteilte Baugenehmigung gilt grundsätzlich 4 Jahre und kann um jeweils 2 Jahre auf Antrag verlängert werden (interne Handhabung maximal 2 x 2 Jahre).

4. Erläuterung der wesentlichen Einnahmenziele/Ausgabenziele bzw. der wesentlichen Aufgaben des Amtes

Amt 60 gliedert sich wie folgt:

Vergabewesen

- Durchführung städtischer Ausschreibungen nach VOB/A, UVgO und VgV

Aufgaben des Sachgebiets 60.1 sind

- der Vollzug des Straßen- und Wegegesetzes und hier insbesondere die Durchführung von Widmungen, Führung des Straßenbestandsverzeichnisses und Vollzug der Straßenreinigungs- und Sicherungsverordnung, Erteilung von Sondernutzungen einschließlich der Gebührenerhebung
- Geschäftsstelle des Gutachterausschusses mit Führung der Kaufpreissammlung, auf deren Basis u. a. die Ermittlung und Fortschreibung von Bodenrichtwerten oder die Erstellung des Grundstücksmarktberichtes vorgenommen wird
- die Stadtsanierung und die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Fassadenprogramme
- die Erteilung von Genehmigungen bzw. Ausübung von Vorkaufsrechten im Vollzug des Baugesetzbuches
- Erhebung von Erschließungsbeiträgen, Erstattungsanträge gegenüber den Freistaat wegen Beitragsausfall nach Abschaffung der Ausbaubeiträge sowie von Kostenerstattungsbeiträgen für Maßnahmen des Naturschutzes.

Das Sachgebiet 60.2 nimmt die Aufgaben der Unteren Bauaufsichtsbehörde sowie der Unteren Denkmalschutzbehörde wahr. Als "Bürger-Service-Bauen" ist das Sachgebiet erster Ansprechpartner der Bürger bei allen Fragen des Bauens. Die Führung der Referatsregistratur ist ebenfalls Aufgabe dieses Sachgebietes.

5. Erläuterung von Besonderheiten und Entwicklungen innerhalb des Amtsbudgets bzw. der Abteilungsbudgets 2023

(z. B. Schwerpunkte bei Einnahmen und Ausgaben, außerordentliche Maßnahmen, besondere Ausgabearten wie Bauunterhalt, Zuschüsse, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Beschaffungen, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung etc.)

Fehlanzeige.